

Erläuterung und ausführliche Stellungnahme

SPD Borchten lehnt Erhöhung der Kita-Beiträge ab: „Wir stehen zu unserem Wort“

Borchten, 18.10.2026: Die SPD Borchten lehnt die geplante Erhöhung der Elternbeiträge für Kitas und Kindertagespflege im Kreis Paderborn in der jetzigen Form ab. Eine pauschale Erhöhung um 15 Prozent für alle Familien und eine automatische jährliche Steigerung sind für die SPD-Fraktion und den SPD-Ortsverein Borchten der falsche Weg. Damit stellt sich die SPD Borchten klar an die Seite der SPD-Kreistagsfraktion und des SPD-Kreisverbandes.

Die SPD hat im Kommunalwahlkampf, auf Kreisebene wie in Borchten, die beitragsfreie Kita als Ziel formuliert. An diesem Ziel hält sie fest. Sie weiß, dass es angesichts der Haushaltslage nicht von heute auf morgen erreichbar ist. Ein Schritt in die entgegengesetzte Richtung kommt für sie aber nicht infrage.

„Wir haben im Wahlkampf, im Kreis genauso wie hier in Borchten, für die beitragsfreie Kita geworben, und dazu stehen wir. Ein knappes Jahr später können wir nicht plötzlich eine pauschale Erhöhung mittragen. Das wäre den Familien gegenüber schlicht unglaubwürdig“, betont Jannik Walter, Vorsitzender des SPD-Ortsvereins Borchten. „Die Elternbeiträge machen nur einen kleinen Teil der Kita-Finanzierung aus. Den Haushalt kann man damit nicht sanieren, Familien aber sehr wohl überfordern. Deshalb sollten wir als SPD im ganzen Kreisgebiet an einem Strang ziehen und die Frage, wie es gerechter gehen kann, mit möglichst vielen Menschen diskutieren.“

„Kinder und Jugendliche sind die Zukunft unserer Gemeinde. Bildung beginnt nicht erst in der Schule, sondern in der Kita“, erklärt Björn Gorniak, Vorsitzender der SPD-Fraktion Borchten. „Mit der geplanten Erhöhung wird am falschen Ende nach Geld gesucht, um Löcher im Haushalt zu stopfen. Wenn man nicht aufpasst, vergrößert man das Problem damit sogar. Gute Bildung und eine gute Ausbildung sind der Schlüssel dafür, dass junge Menschen ihren Weg gehen können, unabhängig vom Geldbeutel der Eltern.“

Ein Blick auf die Größenordnungen

Die SPD Borchten verschließt nicht die Augen vor der finanziellen Lage. Die Elternbeiträge legt der Kreis als Träger des Jugendamtes fest. Was nicht über Beiträge gedeckt wird, zahlen die Städte und Gemeinden über die Jugendamtsumlage, also auch Borchten. Ein Blick auf die Zahlen zeigt allerdings, wie klein der Hebel ist: Von den gut 100 Millionen Euro, mit denen die Kitas im Bereich des Kreisjugendamtes jährlich gefördert werden, tragen die Eltern rund 5 Millionen Euro. Den weitaus größten Teil finanzieren Land, Kreis, Kommunen und Träger. Eine Erhöhung um 15 Prozent belastet die betroffenen Familien spürbar, löst die strukturelle Finanzierungslücke aber nicht.

Die SPD Borchten lehnt deshalb die pauschale Erhöhung und jede automatische jährliche Steigerung ohne erneute politische Entscheidung ab. Die geplante Anhebung der Einkommensgrenze für die Beitragsfreiheit von 30.000 auf 50.000 Euro unterstützt sie dagegen ausdrücklich, weil sie Familien mit kleinen Einkommen entlastet. Auch die Befreiung für Geschwisterkinder soll für Familien mit kleinen und mittleren Einkommen erhalten bleiben, denn gerade Familien mit mehreren Kindern sind durch die gestiegenen Lebenshaltungskosten schon heute besonders belastet. Und wer seinen Betreuungsbedarf bereits angemeldet hat, darf nicht kurzfristig mit höheren Kosten überrascht werden.

Warum höhere Kita-Beiträge gesellschaftlich und wirtschaftlich der falsche Weg sind

Wenn die Kita teurer wird, rechnen viele Familien nach, ob sich die Berufstätigkeit beider Eltern noch lohnt. In der Praxis reduzieren dann meist die Mütter ihre Arbeitszeit oder bleiben ganz zu Hause. Das hat Folgen weit über den Moment hinaus: geringere Einkommen, schlechtere Karrierechancen und spürbare Lücken bei der späteren Rente. Für die Gleichstellung von Frauen und Männern ist das ein Rückschritt.

Auch wirtschaftlich geht die Rechnung nicht auf. Die Betriebe in der Region suchen dringend Fachkräfte, und jede Arbeitsstunde, die wegen zu hoher Betreuungskosten wegfällt, fehlt ihnen. Zudem finanzieren sich die Gemeinden zu einem wichtigen Teil über ihren Anteil an der Einkommensteuer. Arbeiten Eltern weniger, sinken auch diese Einnahmen, auch in Borchten. Mehreinnahmen über Kita-Beiträge können so an anderer Stelle wieder verloren gehen.

Hinzu kommt eine neue Entwicklung: Die Zahl der Kinder im Kreis Paderborn sinkt, in den Kitas werden das dritte Jahr in Folge weniger Kinder betreut. Der Ausbau der Kita-Plätze ist im Kreis dagegen weitgehend umgesetzt. „Im Kreis Paderborn haben wir den Ausbau der Kita-Plätze konsequent umgesetzt, darauf können wir stolz sein“, sagt Hendrik Zernke, stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Schule, Kultur, Jugend und Sport (SKJS) der Gemeinde Borchten. „Wenn jetzt aber Familien wegen höherer Beiträge weniger Betreuung buchen, bleiben Plätze frei, und es drohen Gruppenschließungen bis hin zum Verlust von Arbeitsplätzen für Erzieherinnen und Erzieher. Dann würden wir ausgerechnet dafür bestraft, dass wir unsere Hausaufgaben gemacht haben.“

Das eigentliche Problem: eine Kita-Finanzierung, die nicht trägt

Seit Jahren weisen Träger, Wohlfahrtsverbände, Gewerkschaften, Beschäftigte und Eltern darauf hin, dass die Kita-Finanzierung in NRW nicht auskömmlich ist. Die im Sommer beschlossene KiBiz-Reform des Landes löst dieses Problem aus Sicht der SPD nicht. Statt den Personalschlüssel zu verbessern, dürfen Kitas in sogenannten Randzeiten künftig auch weniger qualifiziertes Personal einsetzen. Gewerkschaften und Verbände haben das deutlich kritisiert, die SPD im Landtag hat die Reform abgelehnt.

„Die Proteste der letzten Jahre, an denen sich auch viele aus dem Kreis Paderborn beteiligt haben, sind bei der Landesregierung ungehört abgeprallt“, so Zernke. „Die Folgen sehen wir vor Ort: Gerade kleinere und lokale Träger kommen an ihre Grenzen, weil ihnen schlicht das Geld ausgeht. Und wer Randzeiten mit weniger qualifiziertem Personal abdeckt, entwertet die Ausbildung und Professionalität unserer Erzieherinnen und Erzieher. Kinder brauchen zu jeder Tageszeit gute Betreuung. Höhere Elternbeiträge ändern an all dem nichts, sie verschieben das Problem nur auf die Familien.“

Gerechtere Varianten statt Pauschalerhöhung

Die SPD Borchten will sich nicht auf Kritik beschränken. Wer eine Erhöhung ablehnt, sollte auch sagen, wie es anders gehen kann. Hält der Kreis zusätzliche Einnahmen für unausweichlich, gibt es aus Sicht der SPD gerechtere Wege als 15 Prozent für alle. Der Grundgedanke ist einfach: Starke Schultern können mehr tragen als schwache.

Denkbar wäre zum Beispiel eine nach Einkommen gestaffelte Anpassung, die in den beitragsfreien Stufen bis 50.000 Euro gar nicht greift, in mittleren Einkommensstufen moderat ausfällt und in hohen Einkommensstufen stärker. So ließe sich ein vergleichbarer Ertrag erzielen, ohne Familien mit kleinen und mittleren Einkommen zusätzlich zu belasten. Eine weitere Variante wäre ein reduzierter Beitrag

für Geschwisterkinder, etwa in Höhe der Hälfte, der nicht pauschal, sondern erst bei hohen Einkommen erhoben wird. Beide Ansätze sind ausdrücklich Varianten zur Diskussion und keine fertigen Modelle.

Darüber hinaus gehört auf den Tisch, wie die zusätzlichen Landesmittel aus der KiBiz-Reform, die ab dem Kita-Jahr 2027/28 fließen, den kommunalen Zuschussbedarf senken können und wie Arbeitgeber, zum Beispiel über Belegplätze für die Kinder ihrer Beschäftigten, stärker eingebunden werden können. Ebenso wichtig ist Transparenz: Es muss offen dargestellt werden, was eine Beitragsänderung den einzelnen Kommunen über die Umlage tatsächlich bringt, im Verhältnis zur Belastung der Familien.

Die Ebenen der Steuern und eine Gleichverteilung der Ausbildung sowie Kinderbetreuung darf man sicherlich ebenfalls noch einmal diskutieren. Denn es sind nicht die Eltern alleine, die die Ausbildung tragen und finanzieren sollten. Diese Grundsatzfrage wird man nicht bis in den November geklärt haben, aber die SPD Borchten denkt hier weiter und hofft auf die Wirkung der Kreis-SPD und dem gemeinsamen Auftreten der Ortsvereine. Gerade durch eine gute Bildungspolitik, mit der auch eine Betreuung von Kindern und Jugendlichen einhergeht, schaffen wir eine solide, zukunftsfähige Gesellschaft für die gesamte Bundesrepublik.

Diese Varianten will die SPD gemeinsam mit den SPD-Gliederungen im Kreis und im offenen Dialog mit Bürgerinnen und Bürgern diskutieren. Klar ist für sie: Familien mit kleinen und mittleren Einkommen dürfen nicht zusätzlich belastet werden.

Gemeinsam im Kreis auftreten

Stadt und Kreis Paderborn legen die Kita-Beiträge traditionell im Gleichklang fest. Was im November in Paderborn entschieden wird, betrifft deshalb auch die Familien in Borchten und allen anderen Kreiskommunen. Die SPD Borchten will sich daher mit den SPD-Ortsvereinen im Kreisgebiet abstimmen und gemeinsam für eine familienfreundliche Lösung eintreten.

Zugleich unterstützt die SPD Borchten den Appell an Land und Bund. Wer Rechtsansprüche und Standards setzt, muss die Kommunen auch auskömmlich finanzieren. Gute frühkindliche Bildung ist eine gesamtstaatliche Aufgabe. Die Haushaltslöcher vor Ort dürfen nicht am Ende über die Eltern gestopft werden.